

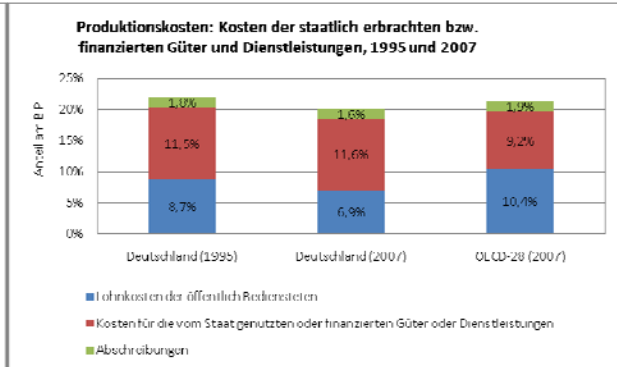
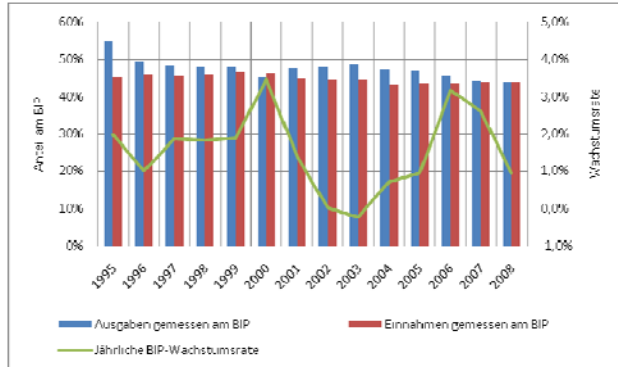
LEGISLATIVE:

- Bundesrat: Mitglieder der Landesregierungen
- Bundestag: Gewählt durch gemischtes Verhältniswahlrecht

REGIERUNGSSYSTEM: Parlamentarisch

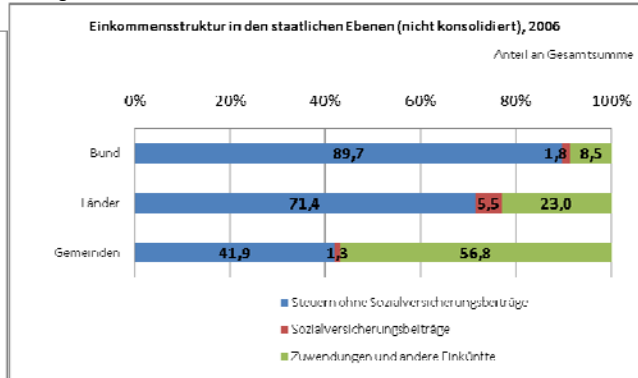
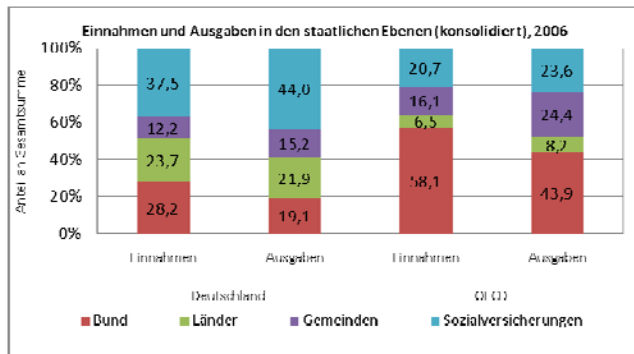
- Anzahl der Ministerien: 14 (2008)
 - Anzahl der Minister: 16 (2008)
- STAATSAUFBAU: Föderal (16 Bundesländer)**

Einnahmen und Ausgaben lagen in den letzten zehn Jahren bei etwa 45% des BIP, sehr nahe am OECD-Durchschnitt, aber niedriger als in vielen anderen europäischen Ländern. In den letzten Jahren hat die deutsche Regierung erfolgreich den Haushalt ausgeglichen. Zwischen 1995 und 2007 gingen die gesamten öffentlichen Ausgaben für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen im Vergleich zum BIP zurück. Dieser Rückgang ließ sich hauptsächlich auf eine Kostenreduzierung bei den von öffentlich Bediensteten produzierten Gütern und erbrachten Dienstleistungen zurückführen, wohingegen die Kosten der von der Privatwirtschaft (mit staatlicher Finanzierung) hergestellten Güter und Dienstleistungen konstant blieben. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern stellt der private Sektor in größerem Umfang (11,6% gegenüber 9,3%) öffentliche Güter und Dienstleistungen bereit, wobei die Aufwendungen für das Gesundheitswesen einen großen Anteil hiervon ausmachen.



Quelle: OECD National Accounts. [Revenues](#) [Expenditures](#) [Production costs](#)

Im Vergleich zu einem durchschnittlichen OECD-Land spielt die Bundesregierung insgesamt eine kleine Rolle bei der Tätigkeit von Einnahmen und Ausgaben. Mit Ausnahme der Sozialversicherungen wird der größte Teil der Ausgaben für Programme und Maßnahmen in den Ländern und Kommunen getätigt. Zudem haben diese subnationalen Verwaltungsebenen größere Befugnisse zur Steuererhebung als andere OECD-Länder, was auf ein höheres Maß an Dezentralisierung schließen lässt. Neben Frankreich hat Deutschland die höchsten Sozialausgaben aller OECD-Vergleichsländer, was insbesondere an den Aufgaben im Gesundheitswesen liegt.



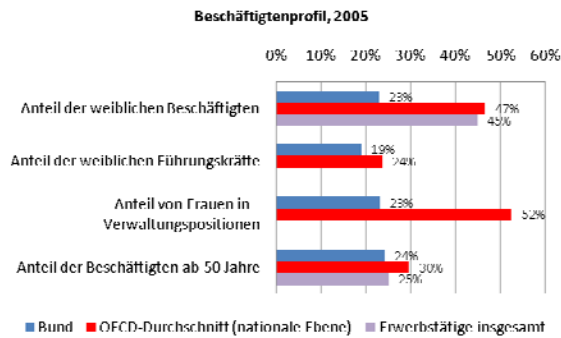
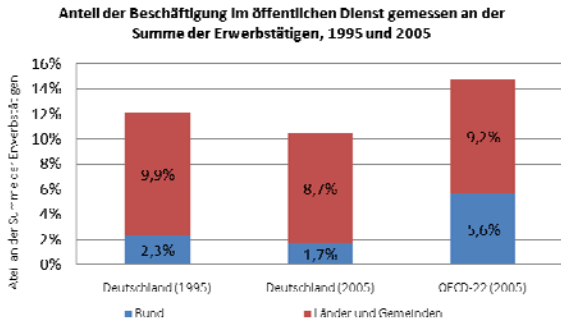
Quelle: OECD National Accounts [Revenues](#) [Expenditures](#)

Die Struktur der allgemeinen öffentlichen Ausgaben in Deutschland entspricht dem OECD-Durchschnitt, wobei ein höherer Anteil für Sozialausgaben bei geringeren Ausgaben für Gesundheit und Bildung zu verzeichnen ist. Unter den OECD-Vergleichsländern hat Deutschland den höchsten Anteil für Sozialausgaben bei den allgemeinen öffentlichen Ausgaben. Öffentliche Ordnung und Sicherheit fallen in die Zuständigkeit der Länder und Kommunen, wohingegen Umweltschutz, Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen, Freizeit, Kultur und Religion überwiegend Aufgaben der Kommunen sind. Verteidigung und Soziales fallen überwiegend in die Zuständigkeit des Bundes, wobei das Gesundheitswesen durch Sozialversicherungen finanziert wird (nicht getrennt, sondern in allgemeine Verwaltung aufgenommen).

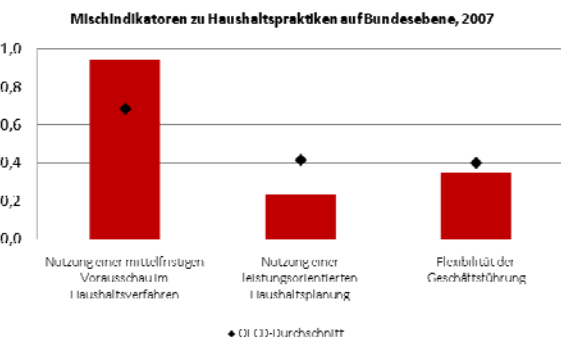
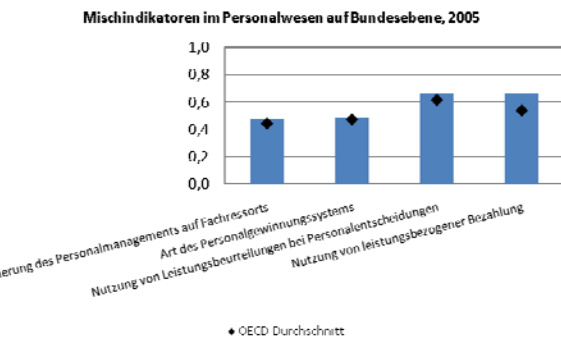
Ausgabenstruktur nach Verwaltungsfunktion (nicht konsolidiert), 2006	Deutschland			OECD-26 allg. Verwaltung	EU-19 allg. Verwaltung
	Bund	Länder	Kommunen		
Allg. öffentliche Leistungen	30,5%	25,2%	14,6%	13,3%	13,9%
Verteidigung	7,6%	0,0%	0,0%	2,3%	3%
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	1,0%	9,1%	4,5%	3,5%	3,7%
Wirtschaftliche Angelegenheiten	8,9%	10,5%	11,4%	7,2%	10,1%
Umweltschutz	0,1%	0,6%	5,7%	1,1%	1,5%
Wohnungswesen und öffentliche Einrichtungen	1,6%	2,8%	6,4%	2,1%	1,9%
Gesundheit	0,0%	1,3%	1,9%	13,6%	14,1%
Freizeit, Kultur und Religion	0,2%	1,6%	6,0%	1,3%	2,5%
Bildung	1,2%	25,4%	16,2%	8,9%	11,6%
Soziales	48,7%	23,5%	33,3%	46,7%	37,7%

Quelle: OECD National Accounts [General government](#) [Central, state and local](#)

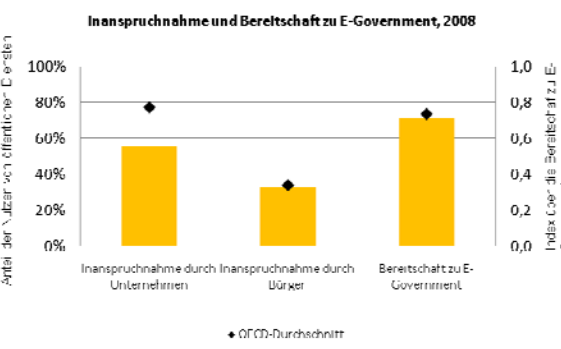
BESCHÄFTIGUNG IM ÖFF. DIENST: UMFANG UND BESONDERHEITEN



GEMISCHTE INDIKATOREN: PERSONALPRAKTIKEN



E-GOVERNMENT



Der Anteil der öffentlich Bediensteten in Deutschland betrug im Jahr 2005 etwa 10% aller Erwerbstätigen, ein Rückgang seit 1995. Insgesamt liegt dieser Anteil vier Prozent unter dem OECD-Durchschnitt von 14%. Gleichzeitig ist die öffentliche Beschäftigung in Deutschland mit der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten bei den Ländern und Kommunen (d.h. auf subnationaler Ebene) extrem dezentralisiert.

Quelle: OECD Comparison of Employment in the Public Domain Survey and Labour Force Survey
[\[General government employment\]](#) [\[Distribution by level\]](#)

In Deutschland arbeitet ein großer Teil der Beschäftigten auf Bundesebene im Verteidigungssektor oder bei der Polizei, in Bereichen mit einem traditionell geringen Anteil an weiblichen Beschäftigten. Im Vergleich dazu stellen Frauen 52% der öffentlich Beschäftigten dar, wenn die Beschäftigung auf subnationaler Ebene ebenfalls berücksichtigt wird. Soldaten und Polizeibeamte unterliegen zudem besonderen Regelungen bezüglich des Renteneintrittsalters, und alternde Arbeitnehmer sind in der Bundesregierung weniger ein Problem als in anderen OECD-Ländern; der Anteil älterer Arbeitnehmer in der Bundesregierung entspricht ungefähr dem der Erwerbstätigen allgemein.

Quelle: OECD Strategic HRM Survey and Labour Force Survey
[\[Female participation\]](#) [\[Ageing\]](#)

Im Allgemeinen entspricht das Personalwesen in der deutschen Bundesregierung in den meisten überprüften Bereichen größtenteils dem OECD-Durchschnitt. Das Personalwesen ist relativ delegiert, wobei Fachressorts mehr Befugnisse zur Festlegung von Personalpraktiken haben als in anderen OECD-Ländern. Eine Leistungskultur zeigt sich durch die steigende Nutzung von Leistungsbewertungen und leistungsbezogener Bezahlung. In der Bundesverwaltung gibt es eine Gruppe hochrangiger Beamter, die separat verwaltet werden, obgleich sich die für diese Gruppe geltenden Regelungen nicht erheblich von denen anderer Beamter unterscheiden.

Quelle: OECD Strategic HRM Survey
[\[Delegation\]](#) [\[Recruitment\]](#) [\[Performance management\]](#)

1969 wurde in Deutschland zum ersten Mal eine mittelfristige Finanzplanung eingeführt, und das Land erzielte das höchste Ergebnis im gemischten Index zur Nutzung einer mittelfristigen Vorausschau im Haushaltsverfahren einer Zentralregierung. Dieser mittelfristige Rahmen ist durch die Nutzung von Ausgabenzielen/Obergrenzen auf der Ebene der Haushaltsposten gekennzeichnet. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern verwendet die Bundesregierung kaum Leistungsinformationen im Haushaltsverfahren, und Verantwortliche in der Exekutive sind weniger flexibel, zugewiesene Haushaltsmitteln zu ändern. Vor dem Hintergrund des föderalen Aufbaus in Deutschland koordiniert der Finanzplanungsrat die Haushalte und Finanzpläne der verschiedenen Verwaltungsebenen. Er tritt zweimal im Jahr unter der Leitung des Bundesministeriums der Finanzen zusammen und umfasst die Finanzminister der Länder sowie Vertreter von Kommunalverbänden.

Quelle: OECD International Budget Practices and Procedures Database.
[\[Medium-term\]](#) [\[Performance budgeting\]](#) [\[Executive flexibility\]](#)
OECD Journal on Budgeting: www.oecd.org/gov/budget/journal

Insgesamt besteht in Deutschland eine große Bereitschaft zur Nutzung von E-Government gekennzeichnet durch eine gebildete Bevölkerung und einem überdurchschnittlichen Breitbandnetz. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren einiges verbessert, um den Umfang von online verfügbaren Informationen und Dienstleistungen zu erhöhen und Personalisierungsmöglichkeiten einzuführen. Beispielsweise hat Deutschland das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) eingerichtet. Durch die einzigartige Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen und Bereichen wurde ein Verzeichnis aller verfügbaren E-Government-Dienstleistungen geschaffen. Im Jahr 2007 wurde Deutschland mit dem eGovernment Award der EU für diese Initiative ausgezeichnet.

Quelle: United Nations E-Government Readiness Knowledge Base, Eurostat.
[\[Readiness\]](#) [\[Uptake\]](#)
[\[OECD E-Government Publications\]](#)

INTEGRITÄT

Informationen, die von Entscheidungsträgern der Bundesverwaltung offengelegt werden müssen, und Grad der Transparenz, 2009

Offenlegungspflicht	Bundespräs.	Bundeskanzler	Minister	Bundestagsabgeordnete	Bundesratsvertreter
Vermögen und Verbindlichkeiten	NV	NV	NV	NZ	**
Kredite	NV	NV	NV	NZ	**
Einkommenshöhe und -quelle	NV	NV	NV	NZ	**
Nebentätigkeiten	NZ	NZ	NZ	NZ	**
Geschenke	NV	V	V	NZ	**
Vorherige Beschäftigung	NV	NV	NV	NZ	**

V=Veröffentlicht; NV=Nicht veröffentlicht; NZ=Nicht zutreffend.

Bundestagsabgeordnete müssen ihre mit der Ausübung ihres Mandats gleichzeitig verfolgten privaten Interessen offenlegen; diese Regel gilt jedoch nicht für Entscheidungsträger der Exekutive. Der Bundeskanzler und die Minister müssen nur Geschenke offenlegen. Ihnen ist es generell untersagt, Nebentätigkeiten nachzugehen. Der Bundesrat besteht aus Regierungsmitgliedern der 16 Bundesländer. Als Vertreter der Landesregierungen unterliegen sie den Verhaltenskodizes der Länder, die in dieser Tabelle nicht erfasst wurden.

Quelle: OECD Survey on Integrity
[Disclosures]

Die Studien zu den Indikatoren von Regulierungsmanagementsystemen (*Indicators of Systems of Regulatory Management*) aus den Jahren 2005 und 2008 untersuchten, inwieweit Maßnahmen der Regierung die Rechtsetzungsqualität in OECD-Ländern verbessern sollten. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die Nutzung von Gesetzesfolgenabschätzungen (GFA) zur Bewertung der Kosten und Nutzen neuer Regelungen und die institutionelle Kontrolle der Qualität der Regelungen sowie die Entwicklung von Programmen zum Bürokratiekostenabbau für Unternehmen und Bürger.

Vor dem Hintergrund einer weiterhin starken Konzentration auf Rechts- und Verwaltungsverfahren für die Gesetzgebung sind wichtige Stützen der derzeitigen Bundeolitik im Bereich der besseren Rechtsetzung das Programm zum Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung sowie ein umfassendes Programm zur Förderung des E-Government für Unternehmen und Bürger. Im Jahr 2006 wurde der Normenkontrollrat als unabhängiges Kontrollgremium eingerichtet, der neue Bürokratie verhindern und die Einhaltung der Maßnahmen gewährleisten soll. Die Bundesregierung wendet seit einigen Jahren die prospektive Gesetzesfolgenabschätzung an. Vor kurzem wurden die Anforderungen aus den Maßnahmen zum Bürokratiekostenabbau in die Folgenabschätzungsverfahren integriert. Die Länder haben erhebliche Regelungsbefugnisse und sind für die Ausführung der meisten Bundesgesetze zuständig. Die Kooperation zwischen Bund und Ländern wird in den Bereichen gefördert, in denen ein gemeinsamer Ansatz erforderlich ist, wie z.B. bei Lasten für Unternehmen.

Quelle: OECD Survey on Regulatory Management.

[RIA] [Administrative simplification]

Indikatoren zum Regulierungsmanagement: www.oecd.org/regreform/indicators

Studien zur Regulierungsreform in 15 EU-Mitgliedstaaten: www.oecd.org/gov/regref/eu15

Hintergrundberichte zur Regulierungsreform: www.oecd.org/regreform/indicators

REGULIERUNGSMANAGEMENT

Anforderungen der von der Bundesregierung durchgeführten Gesetzesfolgenabschätzungen (GFA)

	2005	2008
Qualitätskontrolle durch Institution außerhalb des für die Regelung zuständigen Ministeriums	Ja	Ja
Erforderlich für Gesetzentwürfe	Immer	Immer
Erforderlich für Entwürfe nachrangiger Regelungen	Immer	Immer
Erforderlich zur Kostenabschätzung	Immer	Immer
Erforderlich zur Nutzenabschätzung	In anderen ausgewählten Fällen	In anderen ausgewählten Fällen
Pflicht zur Veröffentlichung der Ergebnisse	In anderen ausgewählten Fällen	In anderen ausgewählten Fällen

Programme zum Bürokratiekostenabbau auf Bundesebene

	1998	2005	2008
Explizite Programme existieren	Nein	Ja	Ja
Umfassen quantitative Ziele	Nicht zutreffend	Nein	Ja

Produktionskosten sind eine Untergruppe der gesamten Staatsausgaben und beinhalten nicht staatliche Investitionen (mit Ausnahme von Abschreibungskosten), Zinsen auf Staatsschulden und Leistungen für Bürger und andere, die nicht als Gegenleistung für die Produktion von Waren oder Dienstleistungen erbracht werden (wie Subventionen oder Sozialleistungen). Produktionskosten umfassen die Lohnkosten für allgemein öffentlich Bedienstete, die Kosten für Waren und Dienstleistungen, die von privaten, öffentlich finanzierten Unternehmen produziert werden (Vorleistungen und sozialer Sachtransfer über Marktproduzenten) sowie Abschreibungen (die den Grad der Kapitalabschreibungen zeigen).

Struktur der Staatsausgaben: Daten zu Ausgaben werden gemäß der Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (*Classification of the Functions of Government*, COFOG) aufgeschlüsselt, nach der Staatsausgaben in 10 Funktionen aufgeteilt werden. Weitere Informationen über die in jeder Funktion enthaltenen Ausgabenarten finden sich in Anlage B von *Government at a Glance 2009*.

Beschäftigtenprofil: Die OECD-Durchschnittswerte beziehen sich auf die folgende Zahl von Ländern:

- Anteil der weiblichen Beschäftigten: OECD-23
- Anteil der weiblichen Führungskräfte: OECD-22
- Anteil von Frauen in Verwaltungspositionen: OECD-17
- Anteil der Beschäftigten ab 50 Jahre: OECD-25

Mischindikatoren im Personalwesen: Die Indexe bewegen sich zwischen 0 (geringer Wert) und 1 (hoher Wert). Weitere Angaben über den theoretischen Rahmen, Aufbau, Variablen und Gewichtung für jeden Indikator finden sich unter: www.oecd.org/gov/budget/journal

- Der **Delegationsindex** umfasst Daten über die Delegation der Festlegung der Anzahl und Arten von in einer Organisation erforderlichen Stellen, Lohnkostenhöhen, Stelleneinteilungen, Personalgewinnung und Kündigungen sowie Beschäftigungsbedingungen. In diesem Index wird die relative Befugnis von Fachressorts zu Personalentscheidungen zusammengefasst. Es wird nicht bewertet, wie gut Fachressorts diese Befugnis nutzen.
- Der **Index zur Art des Personalgewinnungssystems** umfasst Maßnahmen zur allgemeinen Verbeamtung (z.B. Auswahlverfahren durch Prüfungen oder direkte Bewerbung) und zur Gewinnung hochrangiger Beamter sowie Systeme zur Festlegung von Eingangspositionen und zur Stellenzuweisung in den Ministerien. Dieser Index beschreibt die Bandbreite der Personalgewinnungssysteme in den OECD-Mitgliedstaaten. Länder mit einem Wert um 0 haben ein laufbahnbasiertes System, wohingegen Länder mit einem Wert um 1 ein positionsbasiertes System haben. Der Index bewertet nicht die Leistung der verschiedenen Systeme.
- Der **Leistungsbewertungsindex** zeigt, inwieweit nach Ansicht der Befragten derartige Systeme bei Beförderungen, Besoldung und Entscheidungen über Vertragserneuerungen genutzt werden. Dieser Index gibt Hinweise über die formale Nutzung der Leistungsbewertung auf nationaler Ebene, enthält aber keine Aussagen zur Umsetzung oder zur Qualität der von öffentlich Bediensteten geleisteten Arbeit.
- Der **Index zur leistungsbezogenen Bezahlung** bezieht sich auf die Beschäftigten, für die eine derartige Bezahlung gilt, und den maximalen Anteil des Grundgehalts, den die leistungsbezogene Bezahlung darstellen kann. Dieser Index gibt Hinweise über die formale Nutzung der leistungsbezogenen Bezahlung auf nationaler Ebene, enthält aber keine Aussagen zur Umsetzung oder zur Qualität der von öffentlich Bediensteten geleisteten Arbeit.

Indikatoren für den Bereich Haushalt: Die Indexe bewegen sich zwischen 0 (geringer Wert) und 1 (hoher Wert). Weitere Angaben über den theoretischen Rahmen, Aufbau, Variablen und Gewichtung für jeden Indikator finden sich unter: www.oecd.org/gov/budget/journal

- Der Index zur mittelfristigen Vorausschau im Haushalt umfasst Informationen darüber, ob Länder mehrjährige Ausgabenanschätzungen im Jahreshaushalt entwickeln und vorlegen, welcher Zeitraum von diesen Schätzungen abgedeckt wird, wie oft solche Schätzungen aktualisiert werden, ob es mehrjährige Zielvorgaben und Obergrenzen gibt und wie häufig diese überarbeitet werden. Mit diesem Index kann gemessen werden, inwieweit ein Land eine mittelfristige Vorausschau in seinen Haushalt aufgenommen hat. Es wird jedoch nicht bewertet, ob diese Vorausschau für die Erreichung bestimmter Haushaltsergebnisse wie Haushaltsdisziplin und Allokationseffizienz wirksam war.
- Der Index zur leistungsorientierten Haushaltsplanung umfasst Informationen über die Art der generierten Leistungsdaten, die Verfahren zur Zielsetzung, zur Überwachung der Ergebnisse und zur Berichterstattung darüber, sowie darüber, ob und wie Leistungsdaten in den Haushaltsverhandlungen und in Entscheidungsprozessen von den hauptverantwortlichen Akteuren, einschließlich der obersten Haushaltsbehörde, den Fachressorts und den Politikern genutzt werden. Dieser Index untersucht, inwieweit OECD-Mitgliedstaaten ein leistungsorientiertes Haushaltsplanungssystem geschaffen haben. Es wird jedoch nicht gemessen, wie erfolgreich diese Systeme in der Praxis funktionieren.
- Der Index zur Flexibilität der Geschäftsführung umfasst folgende Variablen: Das Maß, in dem die Zuweisung von Pauschbeträgen genutzt wird, die Anzahl der Einzelposten im Haushalt, die Möglichkeit von Behörden, nicht genutzte Haushaltszuweisungen von einem Jahr auf das nächste zu übertragen, Anleihen an zukünftigen Mitteln zu tätigen, Mittel zwischen den Haushaltsposten umzuwidmen und Effizienzgewinne zu behalten, sowie Beschränkungen der Möglichkeit, die Ausgaben im laufenden Haushalt zu erhöhen. In diesem Index wird der unterschiedliche Grad an Flexibilität der Verantwortlichen bei der Umsetzung des Haushalts untersucht. Es wird jedoch nicht gemessen, ob diese Flexibilität effektiv oder angemessen genutzt wird.

E-GOVERNMENT:

- Der Index über die Bereitschaft zu E-Government der UN bewegt sich zwischen 0 (geringer Wert) und 1 (hoher Wert). Er misst die Fähigkeit von Regierungen, E-Government-Dienstleistungen zu entwickeln und umzusetzen. Der im Rahmen der globalen E-Government-Studie der UN entwickelte Indikator besteht aus drei Subindikatoren: Dem so genannten Web Measure Index, (2) dem Telekommunikationsinfrastruktur-Index (telecommunication infrastructure index) und (3) dem Humankapital-Index (human capital index). Im Web Measure Index werden Länder nach dem Ausmaß, dem Entwicklungsstand und der Verfügbarkeit von E-Dienstleistungen und E-Produkten gewichtet. Der Index teilt die Länder in eine aufkommende, fortgeschrittene, interaktive, transaktionale oder vernetzte E-Government-Präsenz ein. Der Telekommunikationsinfrastruktur-Index ist ein gewichteter Durchschnitt von 5 Werten der IKT-Infrastrukturkapazität: PCs/100 Personen, Internetnutzer/100 Personen, Telefonanschlüsse/100 Personen, Breitband/100 Personen und Mobiltelefone/100 Personen. Der Humankapital-Index ist ein gewichteter Durchschnitt der Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen (zwei Drittel Gewichtung) und der kombinierten Rate der Bruttobeteiligung in der Grund-, Sekundar- und Tertiärstufe (ein Drittel Gewichtung).
- Der Indikator über die Inanspruchnahme von E-Government durch Bürger misst den Anteil von Personen (im Alter von 16 bis 74 Jahren), die das Internet zur Interaktion mit öffentlichen Behörden innerhalb der drei Monate vor der Studie nutzten. Die Daten werden innerhalb der Eurostat-Gemeinschaftsstudie über die Internet-Nutzung in Haushalten und durch Einzelpersonen erhoben und sind nur für europäische Länder verfügbar.
- Der Indikator über die Inanspruchnahme von E-Government durch Unternehmen misst den Anteil von Unternehmen, die das Internet zur Interaktion mit öffentlichen Behörden nutzen. Es werden nur Unternehmen mit mindestens 10 Angestellten erfasst. Die Daten werden von den nationalen Statistikämtern auf der Grundlage der jährlichen Musterumfrage von Eurostat zur IuK-Nutzung und E-Commerce in Unternehmen erhoben.